

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Thomas Gehring

Abg. Berthold Rütth

Abg. Karin Pranghofer

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Renate Will

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung
(Drs. 16/7656)**

- Zweite Lesung -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart. Erster Redner ist Herr Kollege Gehring. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht uns heute um eine Veränderung des Erwachsenenbildungsgesetzes im Sinne der Erwachsenenbildung für Menschen mit Migrationshintergrund. Die Erwachsenenbildung ist für diese Menschen besonders wichtig, weil es darum geht, ihre Ausbildungsabschlüsse, die sie im Ausland gemacht haben, an die heutige Situation anzupassen. Es gibt Nachhol- und Anpassungsbedarf.

Der zweite Grund ist: Schülerinnen und Schüler aus Familien mit Migrationshintergrund sind nach wie vor die Verlierer in unserem Bildungssystem, was die Abschlüsse betrifft.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Deswegen müssen wir die Bildungsschere im Bereich der Erwachsenenbildung und des lebenslangen Lernens, die mit der Schule beginnt und bei denen die soziale Herkunft eine Rolle spielt, schließen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Der dritte Grund ist: Besonders Menschen mit Migrationshintergrund haben Arbeitsplätze in Regionen und in Industrien, die von Strukturveränderungen besonders be-

troffen sind. Von daher besteht ein großer Bedarf an Erwachsenenbildung für diese Menschen. An uns alle gerichtet: Wer Integration fordert, muss auch Angebote an kultureller Bildung für Familien bieten. Die Teilhabe am lebenslangen Lernen ist zu fördern. Dafür ist dieser Schritt, den wir heute mit der Änderung des Erwachsenenbildungsgesetzes gehen, ein Schritt in die richtige Richtung.

Es geht um die Aufnahme eines Menschen mit Migrationshintergrund in den Landesbeirat für Erwachsenenbildung. Obwohl es ein kleiner Schritt ist, war es ein langer und schwieriger Prozess im Landtag. Wir haben vor fast genau einem Jahr die Initiative ergriffen und dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Wir sind den Fraktionen dankbar, dass eine gemeinsame Lösung gefunden worden ist, wobei ich feststellen muss, dass die CSU-Fraktion bei diesem Thema etwas flexibler war als die Staatsregierung.

Unser Ziel war es, dass ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrations- und Integrationsbeiräte Bayerns - AGABY - Mitglied im Landesbeirat für Erwachsenenbildung sein kann. Das ist aus formalen Gründen nicht möglich. Deshalb wird der Integrationsbeirat einen Vertreter oder eine Vertreterin in diesen Landesbeirat schicken.

Wir wollen an dieser Stelle noch einmal appellieren, dass tatsächlich auch ein Vertreter oder eine Vertreterin der AGABY, also der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrations- und Integrationsbeiräte Bayerns, in den Landesbeirat geschickt wird und auf jeden Fall jemand mit Migrationshintergrund.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über Menschen mit Migrationshintergrund ist nicht nur in Gremien zu sprechen, sondern es ist auch mit ihnen zu sprechen. Es ist wichtig, sie teilhaben zu lassen in den Gremien, sie teilhaben zu lassen an Diskussionen und Entscheidungsprozessen. Zu dieser Teilhabe ist heute ein kleiner Schritt getan. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. - Als Nächster spricht Herr Kollege Rüth. Bitte sehr.

Berthold Rüth (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch der CSU-Fraktion ist die Teilhabe jedes einzelnen Migranten an der Erwachsenenbildung ein wichtiges Anliegen. Deshalb stimmen wir dem Antrag in der geänderten Form zu, der einstimmig vom Bildungsausschuss beschlossen wurde, zu. Ich würde Ihnen, liebe Kollegin Scharfenberg, empfehlen, sich etwas zurückhaltender zu äußern. Wir haben dieses Thema im Ausschuss sehr gut diskutiert und unsere Zustimmung signalisiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als nächste Rednerin erteile ich Frau Kollegin Pranghofer das Wort.

Karin Pranghofer (SPD): Ich möchte mich auch kurz fassen, denn wir haben den Antrag gemeinsam beschlossen. Es ist ein einstimmiger Beschluss gewesen. Demzufolge können wir dem Antrag jetzt auch zustimmen.

Uns ist es auch sehr wichtig, dass Menschen mit Migrationshintergrund jetzt im Landesbeirat für Erwachsenenbildung vertreten sein können. Wir gehen davon aus, dass in den Reihen der Mitglieder des Bayerischen Integrationsrates sicherlich auch eine Migrantin oder ein Migrant vertreten sein wird, die dann auch dem Landesbeirat angehört. Insofern besteht Einigkeit. Wir freuen uns, dass das gelungen ist. - Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. - Als Nächster Herr Dr. Fahn. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Gesetzentwurf der GRÜNEN zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Er-

wachsenbildung. Die Fraktion der FREIEN WÄHLER stimmt diesem Gesetzentwurf zu. Auch wir finden es sehr wichtig, dass Interessenvertreter für Menschen mit Migrationshintergrund im Landesbeirat vertreten sind. Wir hatten ebenfalls einen Gesetzentwurf eingebracht, der noch mehrere Punkte enthielt. Dieser ist leider abgelehnt worden. Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass sie diesen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht haben.

Ich darf bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass wir seit dem Jahr 2008 das Thema Erwachsenenbildung auf der Tagesordnung haben und sogar, als die CSU noch die absolute Mehrheit hatte - das war im Februar 2008 -, einen Gesetzentwurf eingebracht haben, um die Erwachsenenbildung umfassend zu reformieren. Er wurde im Landtag angenommen, aber leider ist dieser Antrag noch nicht umgesetzt worden.

Ich möchte daran erinnern: Es gab in der Folgezeit Anträge bzw. Gesetzentwürfe von den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und von der SPD - leider wurden sie alle abgelehnt. Es wäre wichtig, dass Sie sich an dieses Vorhaben aus dem Jahre 2008 erinnern und noch weitere inhaltliche Akzente setzen. Wir von der Oppositionsfraktion werden Sie an diese Bringschuld erinnern. Die Vertreter der Erwachsenenbildung führen jedes Jahr parlamentarische Abende durch und erhoffen sich eine Offensive der Staatsregierung zur Erwachsenenbildung bzw. zum lebenslangen Lernen.

Deshalb wäre es wichtig, dass unsere Landtagspräsidentin nicht nur verkündet, dass an der Erwachsenenbildung nicht gekürzt wird, sondern es auch so ist. Einige denken sicherlich noch an Ministerpräsident Stoiber, der sehr viel kürzen wollte.

Meine Damen und Herren, ich erinnere an Karl Heinz Eisfeld, der am 13.01.2012 in der "Passauer Neuen Presse" wie folgt zitiert wurde: "Wir wollen Bayern europatauglich machen, und dazu brauchen wir die Volkshochschulen, die wir stärker europäisch ausrichten müssen."

Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. - Abschließend hat Frau Kollegin Will das Wort.

Renate Will (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerne hätte ich auf diesen Redebeitrag verzichtet, aber nachdem meine Vorredner alle betont haben, wie wichtig es ist, die Erwachsenenbildung im Allgemeinen und die der Migrantinnen und Migranten im Besonderen zu fördern, möchte ich mich für die FDP-Fraktion meinen Vorrednern anschließen und sagen: Auch uns ist das selbstverständlich ein wichtiges Anliegen. Umso erfreulicher ist es, dass das Thema im Ausschuss in aller Ausführlichkeit wirklich gut beraten wurde und dort Einigkeit bestand.

Deshalb sage ich für die FDP-Fraktion: Auch wir stimmen selbstverständlich dieser Ergänzung des Erwachsenenbildungsgesetzes zu und freuen uns, dass es so ist, wie es ist.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 16/7656 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport auf Drucksache 16/11061 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass § 1 neu gefasst wird. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/11061. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz stimmt bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den "01. April 2012" einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind auch wieder alle Fraktionen. Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung".